

Ostdeutschland – von der privilegierten und blockierten zur zukunftsorientierten Transformation

Der plötzliche Systemzusammenbruch im Osten überraschte fast alle – die Politik, die Medien, die Wissenschaft und selbst die Geheimdienste, wie das Archiv des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl offenbart.

Die tiefe wirtschaftliche, soziale und geistig-kulturelle Krise der staatssozialistischen Herrschaftssysteme war in den 80er Jahren immer offensichtlicher geworden. Doch lange Zeit dominierte in West und Ost die Annahme eines Systemwandels, nicht eines Systemwechsels.

Die zunehmende Massenflucht von DDR-Bürgern seit 1989 (Exit-Optionen) und das wachsende Aufbegehren der DDR-Opposition sowie die sich rasch ausbreitenden Massendemonstrationen seit Herbst 1989 (Voice-Optionen) rückten dann jedoch das Problem des Systemwechsels und damit das der deutschen Einheit politisch auf die Tagesordnung.

Doch keiner der Akteure in West- und Ostdeutschland verfügte in dieser Umbruchsituation über ein schlüssiges Konzept der Systemtransformation und der deutschen Einheit. In der politischen Arena wurden dann durch unterschiedliche Akteursgruppen unterschiedliche Transformations- und Einheitsoptionen kommuniziert: Systemwechsel in der DDR bei Weiterexistenz einer reformierten DDR; Vereinigung und gemeinsame Gestaltung eines zukunftsfähigen Deutschlands (doppelte Modernisierung); Vereinigung durch Beitritt (Modellübernahme und nachholende Modernisierung in Ostdeutschland).

Die von der Bundesregierung favorisierte Beitrittsoption fand bald die Zustimmung der Mehrheit der Ostdeutschen. Diese vor allem drängten seit der Jahreswende 1989/90 auf eine schnelle Vereinigung. Denn allein der Beitritt erschien ihr als glaubwürdige und sichere Option. Nur der sie repräsentierende Akteur (Bundesregierung) verfügte über die zu seiner Umsetzung erforderlichen Ressourcen. Der politische System- und Ordnungswechsel und auch seine Form (Beitritt) waren mithin von innen gewollt und durch Wahlen (18. März 1990) demokratisch legitimiert.

Das besondere deutsche Transformations- und Einheitsmuster

Der Systemwechsel in und die Transformation der DDR waren durch ein ganzes Bündel von Gemeinsamkeiten mit den anderen 28 postsozialistischen Ländern Mittel-Ost-Europas gekennzeichnet. Doch ist das deutsche Transformations- und Einheitsmusters zugleich durch eine Reihe spezifischer *Prämissen und Merkmale* gekennzeichnet:

- Die DDR-Transformation vollzog sich unter den Bedingungen einer Staatsauflösung und eines Beitritts zu einem „Fertig-Staat“ (ready-made-state), d. h. eines Beitritts zu einer alles in allem stabilen Demokratie und funktionierenden Marktwirtschaft. Transformation Ostdeutschlands und Integration der neuen Bundesländer in die Bundesrepublik sind eng miteinander verknüpft und bilden zwei Seiten derselben Medaille.
- Für die Lösung der Transformationsprobleme Ost sind mit der Bundesrepublik West das Modell und die Ressourcen gegeben. Transformation Ost bedeutet in diesem Fall Institutionen-, Eliten- und Ressourcentransfer von West- nach Ostdeutschland, Einschwenken auf den Entwicklungspfad West, nachholende Modernisierung.
- Kontinuität und Stabilität der „alten“ Bundesrepublik haben Vorrang vor möglichen Übergangsregeln, Experimentierklauseln, Neuerungen in Ost sowie Wandlungen und Reformen in West und der sich formierenden gesamtdeutschen Bundesrepublik. Reformen können in dieser Situation nur die Risiken, Ambivalenzen und Kosten der Transformation und Einheit erhöhen.

Die Transformation Ostdeutschlands und die Herstellung der deutschen Einheit waren so durch spezifische *Referenzmaßstäbe* geprägt:

- Nach einer kurzen, auch schmerzhaften Übergangsphase selbsttragender Wirtschaftsaufschwung in Ostdeutschland sowie gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland.
- Wachsendes Zufriedenheits- und Zukunftspotenzial sowie rasch zunehmendes Systemvertrauen in der ostdeutschen Bevölkerung.
- Anpassung und schließlich Angleichung der Einstellungen und Werteorientierungen, der politischen Kultur der Ost- an die Westdeutschen und damit Vollendung auch der inneren Einheit.
- Die „neue“ gesamtdeutsche Bundesrepublik wird durch den Beitritt der ostdeutschen Länder die vergrößerte und erfolgreiche „alte“ sein.

Der ostdeutsche Transformationsfall galt national und international als ein privilegierter Fall, denn alles, was gebraucht wird, ist schon da und erprobt – in Westdeutschland. Verglichen wurde der ostdeutsche Transformationsfall oft mit der Ingangsetzung der Operation des westdeutschen Wirtschaftswunders 40 Jahre zuvor. Es ging letztlich um die Neuauflage und Fortschreibung dieser Erfolgsgeschichte. Die Westdeutschen wollten, dass alles so bleibt wie es war; die Ostdeutschen, dass alles so wird, wie es in Westdeutschland ist.

Nach 20 Jahren – eine (Zwischen-)Bilanz:

Politisch-institutionelle Transformation

Der 1990 einsetzende rasche und effiziente Institutionentransfer von West nach Ost führte zu einer baldigen organisatorischen Konsolidierung Ostdeutschlands und zum Aufbau einer funktionsfähigen Verwaltung. Die für einen Ordnungs- und Systemwechsel typischen Turbulenzen, Konflikte, Rückschläge konnten so minimiert werden. Es gelang in kürzester Zeit, die neuen Bundesländer in die institutionelle Ordnung der Bundesrepublik zu integrieren.

Gelungener politischer Ordnungswechsel, Freiheitsgewinn und Etablierung der Demokratie in Ostdeutschland, Herstellung institutioneller Ost-West-Gleichheit, Herausbildung einer gemeinsamen rechtsstaatlichen Ordnung, gemeinsamer föderaler Strukturen und kommunaler Selbstverwaltung gehören zu den Erfolgsbilanzen ostdeutscher Transformation und deutsch-deutscher Integration.

Aus den ehemals zwei Staaten und zwei entgegen gesetzten gesellschaftspolitischen Systemen mit ihrem Ausschließlichkeitsanspruch ist im Ergebnis von Transformation und Vereinigung ein integriertes und demokratisch legitimes Staatswesen geworden, eingebunden zugleich in den Prozess der europäischen Integration und in die internationale Staatengemeinschaft. Die Vorteile des privilegierten Transformationsfalls offenbarten jedoch auch auf der politisch-institutionellen Ebene Nachteile. Die im ostdeutschen Transformationsprozess elitengesteuerten, instrumentell und von „außen“ eingeführten Institutionen, Regeln, Normen waren lange Zeit und sind zum Teil noch immer in den Lebenswelten der Bürger Ostdeutschlands nur schwach verankert. Transfer und Aufbruch sind, wie sich in Ostdeutschland bald zeigte, selten kompatibel. Und das Modell der Adaption eines Institutionensystems, das selbst schon reformbedürftig war, hat auch politisch-institutionell zu wenige Innovationen hervorgebracht. Die Spielräume in Ostdeutschland für notwendige Abweichungen, für andere und neue Wege – typisch für eine Gesellschaft im Umbruch – waren zu eng und oft gar blockiert. Dies zeigte sich u. a. bei der spezifischen Eigentumsregelung (Rückgabe vor Entschädigung), bei der Wirtschaftsförderung (z. B. Verzicht auf Sonderwirtschaftszone, auf Niedrigsteuergbiet, auf Lohnzurückhaltung im Austausch für Teilhabe am Produktivvermögen, auf flexibles Baurecht), bei der Entwicklung des Bildungs- und Gesundheitswesens.

Wirtschaftlich-soziale Transformation

Auch hinsichtlich der postsozialistischen Wirtschaftstransformation wurden auf der Grundlage des gewählten spezifischen Transformationsmodells die zwei grundlegenden

strukturellen Aufgaben alles in allem erfolgreich bewältigt: Der Umbau der Wirtschaft von der Plan- zur Marktwirtschaft und die grundlegende Modernisierung der Infrastruktur (u. a. Straßen, Bausubstanz, Telefonnetze, Städte) und des wirtschaftlichen Kapitalstocks.

Die ehemaligen rd. 12.350 DDR-Betriebe wurden in relativ kurzer Zeit privatisiert (Übergang in die Hände westdeutscher und ausländischer Unternehmer, ostdeutscher Alteigentümer, ostdeutschen Managements und Kommunen) bzw. liquidiert (3.718).

Die rasche Modernisierung der Infrastruktur in den neuen Bundesländern und der Aufbau eines neuen Kapitalstocks wurden wesentlich durch die Transferleistungen möglich. Der Kapitalstock pro Erwerbstätiger liegt heute in den neuen im Vergleich zu den alten Bundesländern bei rd. 80 Prozent.

Die positiven wirtschaftlichen Veränderungen gegenüber der Ausgangslage 1989/90 sind unübersehbar.

Doch zog das Paket von Liberalisierungsmaßnahmen, die Aufwertung der DDR-Währung um rd. 300 Prozent bei Umstellung der Löhne und Gehälter im Verhältnis 1:1, die abrupte Öffnung der Wirtschaft für den Weltmarkt bei Wegbrechen der traditionellen Ost-Märkte (RGW) zunächst jedoch einen „Öffnungsschock“ (Hüther) nach sich. Dies führte auf dem Hintergrund der Basiskrise der DDR-Wirtschaft zu einer Depression, zu einer plötzlichen Entwertung der vorhandenen Produktionskapazitäten, zu Deindustrialisierungsprozessen und einem rapiden Anstieg der Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner – gemessen am westdeutschen Niveau – fiel deshalb zunächst von 54,9 Prozent (1989) auf 33,3 Prozent (1991) und stieg dann bis heute auf rd. 70 Prozent.¹ Dieser Grad der Konvergenz – gemessen an der Ausgangssituation – ist ein beachtlicher Fortschritt. Entstanden sind zugleich ein breites Netz kleinerer und mittlerer Unternehmen; eine kleine, aber sich weiter stabilisierende gewerbliche Wirtschaft, spezifische innovative Räume sowie einige „Leuchttürme“ (z. B. Solarenergie, Chemiedreieck Leuna-Bitterfeld, Jenoptik) und eine verhältnismäßig leistungsstarke Landwirtschaft.

Der nach 1991 zunächst zügig vorangekommene Aufhol- und Angleichungsprozess ist inzwischen ins Stocken geraten. Vor allem ist es bislang nicht gelungen, in Ostdeutschland einen selbsttragenden, dynamischen wirtschaftlichen Entwicklungspfad zu etablieren. Der Verbrauch (privater Konsum, Staatsverbrauch, Investitionen) liegt jährlich um ca. 30 Mrd. Euro höher als die Produktion. Die strukturelle Abhängigkeit vom westdeutschen Finanz- und Güterverkehr bleibt bestehen, kann jedoch auf Dauer nicht die Lösung sein („Transferfalle“).

¹ Vgl. Gerhard Heske, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung DDR 1950-1989. Daten, Methoden, Vergleiche, Köln 2009; sowie Quelle: Statistisches Bundesamt, Bonn.

Da der Solidarpakt II 2019 definitiv ausläuft, muss es den ostdeutschen Ländern bis dahin gelingen, weitgehend auf eigenen wirtschaftlichen Füßen zu stehen. Diese Herausforderung ist gewaltig und bedarf eines Umsteuerns.

Der Vorteil des privilegierten Transformationsfalls wurde vor allem in *materiell-sozialer* Hinsicht offensichtlich. Die Lebensbedingungen haben sich in Ostdeutschland seit 1989/90 für eine Mehrheit der Menschen verbessert. Das betrifft die Lohnentwicklung der Beschäftigten, die Haushaltsnettoeinnahmen der Familien, die Renten, das Waren- und Dienstleistungsangebot, die Ausstattung der privaten Haushalte mit langlebigen Konsumgütern, das Wohnungsangebot, die Umweltbedingungen.²

Trotz der finanziellen Anstrengungen und distributiven Maßnahmen zur Absicherung und Besserstellung der Ostdeutschen sind die erhofften und versprochenen qualitativ gleichwertigen Lebensverhältnisse zwischen Ost und West jedoch bislang nicht erreicht. Und dies, obgleich der größere Teil der immensen Transferleistungen für den konsumtiv-sozialen Bereich aufgewendet wurde. Doch subventioniert werden musste vor allem eine soziale Absicherung, ohne dass der Wirtschaftsaufschwung sich in der erwarteten Schnelligkeit vollzog. Die Einkommensunterschiede bleiben konstant bei der Differenz von etwa 20 Prozent. Die Arbeitslosigkeit ist 2010 – trotz eines erheblichen Rückgangs in den letzten Jahren – noch immer fast doppelt so hoch (12,1 Prozent) als in den westdeutschen Bundesländern (6,6 Prozent). Und die Abwanderung besonders von Jüngeren, Qualifizierten und jungen Frauen (seit 1989/90 ca. 3,1 Millionen bei rd. 1,5 Millionen Zuzügen) wurde zu einem ernststen Problem für nicht wenige ostdeutsche Regionen.

Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse erweist sich mithin als schwieriger und langwieriger als angenommen. Sie bleibt aber als Zielorientierung bestehen. Doch sollte sie als „Soziale Einheit“ neu definiert werden: Soziale Einheit, die soziale Unterschiede und Differenzierungen nicht aufhebt, jedoch gleiche Zugangs- und Teilhabechancen für alle zu Arbeit, Bildung, Gesundheit, Eigentum, sozialen Aufstieg und demokratischer Partizipation garantiert; unabhängig von sozialer Herkunft und regionaler Verortung.

Kulturell-mentale Transformation

Einheit und Transformation durch Beitritt zum westdeutschen Modell des Wohlfahrtsstaates, der liberalen Demokratie und des Sozialtransfers sollte den Ostdeutschen auch den Weg zur kulturell-mentalenen Integration („innere Einheit“) erleichtern. Doch zeigte sich bald, dass

² Vgl. auch Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 2006, 2008, Bonn.

dieser Weg auch mit enormen kulturell-mentalenen Umstellungs- und Anpassungsleistungen verbunden war und ist.

Die Ostdeutschen hatten nicht nur einen einmaligen Systembruch, sondern zugleich auch einen tiefgreifenden Kulturbruch zu verarbeiten. Von heute auf morgen fand eine grundlegende Umbewertung aller vormals geltenden gesellschaftlichen Leitorientierungen, Normen, Werte, Symbole statt. Über vielfältige berufliche, private, lebensweltliche Brüche und Krisen haben die Ostdeutschen mehrheitlich diesen Kulturbruch in den vergangenen 20 Jahren alles in allem individuell verarbeitet. Allerdings – auf eigentümliche und oft auch auf unvorhergesehene Art und Weise. Sie bejahen in ihrer großen Mehrheit den Systemwechsel, die neue politische Ordnung, die Demokratie als Staatsform und die deutsche Einheit. Die entsprechenden Annahmen von 1989/90 fanden hier ihre Bestätigung. Andererseits bezeichnen lediglich rd. 30 Prozent der Ostdeutschen die neue Gesellschaft als gerecht.³ Und nur rd. 23 Prozent der Ostdeutschen fühlen sich bereits als „richtige Bundesbürger“.⁴ Mehr als 60 Prozent sieht sich gar – und dies seit Jahren relativ konstant – als „Bürgerinnen und Bürger 2. Klasse“.⁵ Offensichtlich haben sich gerade unter Ostdeutschen Desintegrations- und Benachteiligungsgefühle (wie berechtigt auch immer) verfestigt. Wohl auch, weil sie nach ihrer Selbstbefreiung sich nicht auf dem „Siegerpodium“ wiederfanden, wie der Münchener Historiker Christian Meier unlängst in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung feststellte.⁶

Gesellschaftliche Einheit erfordert daher zum einen soziale Einheit, zum anderen aber und vor allem eine Kultur wechselseitiger „Anerkennung“ (Leistungen, Erfahrungen, Eigen-Sinn) und eines „Dialogs unter Gleichen“. Dass hier vielfältige Versäumnisse, Missverständnisse im deutschen Einigungsprozess vorliegen, wird heute kaum noch bestritten. Doch sollten die Ostdeutschen hier nicht auf „Besserung“ von oben warten oder sich zurück ziehen, sondern sich aktiv und selbstbewusst gerade mit ihren einzigartigen Umbrucherfahrungen und ihren sozialen Werteorientierungen in die öffentlichen Debatten einbringen. Dazu gehört aber auch, die unterschiedlichen Erfahrungen und Wahrnehmungen der Westdeutschen besser noch verstehen zu lernen, wie diese wiederum die der Ostdeutschen. Akzeptanz kulturell-mentaler Verschiedenheit als Bereicherung, nicht als Gefährdung eines solidarisch-pluralistischen Gemeinwesens.

³ Quelle: Forsa-Umfrage 1989-2009, in: Berliner Zeitung vom 2.1.2009, S. 2.

⁴ SFZ (Hrsg.), Sozialreport 2008, Berlin.

⁵ Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Deutsche Zustände. Folge 7, Frankfurt/M. 2009, S. 13-49.

⁶ Christian Meier, Abbruch einer Ordnung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 27. 5. 2010, S. 7.

Fazit

Die Transformation Ostdeutschlands – zunächst vor allem als Modell-Implementation, Angleichungspfad und nachholende Modernisierung konzipiert und praktiziert – hat sich also voll entfaltet; in ihrer Stärke und Ambivalenz, mit ihren Vor- und Nachteilen, mit ihren gewollten und ungewollten Folgewirkungen.

Der 1989/90 in Ostdeutschland eingeleitete, zunächst ungeplante System- und Ordnungswechsel ist im Ergebnis zielgerichteter Entwicklung vollzogen. Demokratie und Marktwirtschaft haben sich durchgesetzt. Die Einheit Deutschlands wurde hergestellt, sie ist demokratisch legitimiert und international respektiert.

Mit der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Transformation haben sich die ostdeutschen Länder in den vergangenen 20 Jahren grundlegend gewandelt, konsolidiert und modernisiert. Dies ist das Ergebnis sowohl der beachtlichen westdeutschen Transferleistungen wie vor allem auch der engagierten Arbeit der Ostdeutschen. Dennoch - wichtige strategische Ziele und Aufgaben der Transformation und Integration harren der Lösung: „Selbsttragende, dynamische Wirtschaftsentwicklung“, „Soziale Einheit“, „Kulturelle Anerkennung und Integration“.

Transformation und deutsche Vereinigung erwiesen und erweisen sich als viel komplexer, komplizierter, langwieriger und auch offener als es gerade das spezifische deutsche (privilegierte) Transformations- und Vereinigungsmodell erwarten ließ. Das steht im Zusammenhang mit den strukturellen Altlasten der DDR, die sich als gravierender zeigten als zunächst angenommen. Dies hat natürlich auch mit Fehlern in der Transformations- und Vereinigungspolitik (vor allem in den Anfangsjahren) zu tun, die dem Zeit- und Problemdruck geschuldet waren, nicht zuletzt aber auch dem mangelnden Such- und Lernprozess der Akteure.

Vor allem aber verliert der Angleichungsprozess seine Dynamik und seine zukunftsweisende Funktion. Hier ist nach den Gründen zu fragen, denn hier liegt heute das eigentliche Problem.

Paradigmenwechsel

Das bisherige Entwicklungsmodell, der bisherige und lange Zeit erfolgreiche Pfad wirtschaftlicher, sozialer, kultureller Entwicklung ist seit längerem an seine gesellschaftlichen und natürlichen Grenzen gestoßen. Seit Ende der 70er, spätestens seit den 80er, 90er Jahren befinden sich die verschiedenen fordistisch-industriellen Wirtschafts- und Sozialmodelle (geprägt durch ungebrochenes Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, Produktivitäts- und

Reallohnsteigerung, Massenkonsum und politische Stabilität) im Umbruch.⁷ Es geht um Wege zu einem neuen Entwicklungsmodell und -pfad, um Wege zu einer sozialen, solidarischen und ökologischen Moderne.⁸ Keines der Länder hat diesen erforderlichen Wandel schon nachhaltig vollzogen. Die Transformation Ostdeutschlands und die deutsche Einheit fielen eben nicht mehr in die Phase fordistischer Prosperität, sondern in eine Umbruchphase von globaler und europäischer Dimension. 1989/90 konnte aus unterschiedlichen Gründen ein solcher wirtschaftlicher und sozialer Modell- und Pfadwechsel nicht in Angriff genommen werden und wurde „vertagt“ – mit Folgewirkungen für Ost und West und das vereinte Deutschland. So wurde ein Produktions-, Sozial- und Kulturmodell fortgeführt (Westdeutschland) und übernommen (Ostdeutschland), das zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung seine Erfolgsgeschichte schon hinter sich hatte und wo die Grundlagen seines Funktionierens bereits erodierten. Dies hat, wie gezeigt, in Ostdeutschland dennoch zu wichtigen Entwicklungen und Ergebnissen geführt. Dies hat die Stärke und Robustheit der „alten“ Bundesrepublik manifestiert, aber die „neue“ zugleich blockiert, strukturell und mental.

Der Modus der Transformation und ein Angleichungsprozess als übergeordnete Zielvorstellung haben ihre Potenziale inzwischen längst ausgereizt. Es geht daher beim „Aufbau Ost“ nun nicht mehr zuerst um eine Zeitverschiebung (von ursprünglich 10 Jahren, über 20/30 Jahre bis nun 50/60 Jahre), um kleinere Korrekturen und modifizierte Instrumente des strukturellen Wandels, sondern um einen anderen Wandel. Es geht auch und gerade für Ostdeutschland um den Übergang zu einem nachhaltigen, dynamischen, eben zukunftsfähigen Entwicklungsmodell und Entwicklungspfad. Der sozial-ökologische Umbauprozess ist die grundlegende Herausforderung für Ost und West und kann nur gemeinsam ge- oder misslingen.

Ostdeutschland auf neuem Entwicklungspfad?

Nachdem offensichtlich geworden ist, dass Ostdeutschland nicht mehr werden kann, wie Westdeutschland früher war, bedarf es eines Perspektivenwechsels und zu seiner Voraussetzung einer Diskurswende. Denn die Fortsetzung des Aufholjagd- und Angleichungsszenarios, das nie das anvisierte Ziel zukunftsfähiger Entwicklung erreicht,

⁷ Vgl. Martin Bethge/Peter Bartelheimer, Deutschland im Umbruch, in: Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland, Wiesbaden 2005, S. 11-37.

⁸ Rolf Reißig, Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels, Wiesbaden 2009.

lähmt die Kräfte und führt zu Resignation und Depression ebenso wie auf der anderen Seite das Niedergangsszenario, das den Osten abschreibt und ihn als deutsches Mezzogiorno sieht. „Ostdeutschland“ und „Zukunft“ sind auf neue Art zusammen zu denken und zusammen zu führen. Die neue Leitfrage ist, wie Ostdeutschland und seine Regionen sich dem „doppelten Umbruch“ (Folgen der postsozialistischen Transformation und Herausforderungen des postmodernen Umbruchszenarios) stellen und Wege zu einem zukunftsfähigen, d. h. sozial und ökologisch geprägten Entwicklungspfad und -modell finden. Maßstab und Meßlatte sind dann nicht mehr so sehr „Auf- und Einholen“, nicht mehr primär die gängigen quantitativen Ost-West-Vergleiche, sondern sind „Selbsttragender, dynamischer Entwicklungs- und Zukunftspfad“, sind „Modernität“ und „Modernisierung“, „Innovation“, „Entwicklungs- und Zukunftspotenziale“, „Handlungs- und Teilhabechancen“. Dabei müssen die ostdeutschen Regionen vor allem die eigenen Ressourcen und Zukunftspotenziale⁹ mobilisieren, ihre Stärken stärken und ihr spezifisches Profil im Europa der Regionen finden. Hier besitzt Ostdeutschland, besitzen die neuen Bundesländer durchaus einige Standortvorteile. So sind die ostdeutschen Länder heute führend bei der Stromerzeugung aus regenerativen Energien. Sie könnten bei der weltweit erforderlichen Energiewende eine wichtige Rolle spielen und – gestützt auf ein Netz kleinerer und mittlerer Unternehmen – neue Lösungen gerade auch von „unten“ einbringen. Damit ließen sich neue Märkte erschließen, statt den gesättigten (vergeblich) hinterher zu laufen. So könnte eine endogene Innovation, eine Selbst-Transformation in Gang gesetzt werden.

Systematische Entwicklung der ostdeutschen Zukunftspotenziale heißt auch Stärkung der produktiven Formen der Kooperation und Vernetzung zwischen den kleinen und mittleren Unternehmen und zwischen diesen und den regionalen Forschungseinrichtungen, heißt Förderung einer Regionalentwicklung, in der die jeweils ganz unterschiedlichen Ansätze und Entwicklungspotenziale in den einzelnen Regionen (z. B. sozialökologische Neuindustrialisierung, ökologische Landwirtschaft, Kultur, Tourismus) zum Ausgangspunkt von Innovation und Entwicklung werden.

In diesem Sinne ist die Zukunft des „Ostens“ heute vielleicht offener als zu Beginn des Systembruchs und der Transformation 1989/90. Jedoch ist die Rolle Ostdeutschlands, der neuen Bundesländer und Regionen in diesem Entwicklungsszenario nicht mehr von vornherein die des „Nachzüglers“ (nachholende Modernisierung), natürlich auch nicht die der „Avantgarde“ und des „Modells“ (gelungene postsozialistische Transformation). In dieser

⁹ Michael Thomas, Ostdeutsche Zukunftspotenziale – oder: Wie man das Rad doch noch einmal neu erfinden muss, (Manuskript), Berlin 2010.

neuen Umbruchsituation stößt man in den ostdeutschen Räumen heute sowohl auf Nachholendes und Konservierendes wie auch auf Vorangehendes, Innovatives und Zukunftsfähiges. Ostdeutschland und seine Regionen suchen und finden angesichts des doppelten Umbruchs erste Antworten auf die neuen Herausforderungen: z. B. bei der Gestaltung von qualitativem Wachstum bei gleichzeitiger Stagnation und Schrumpfung, beim Stadtumbau, bei der Energiewende, beim Umbau der Arbeitsgesellschaft und der neuen Verfasstheit der Erwerbsarbeit, bei der Nutzung des Sozialkapitals für nachhaltige Entwicklung, bei der Entwicklung und Gestaltung regionaler Räume durch Reorganisation- und Selbstorganisationsprozesse der Gesellschaft von unten. Chancen und Risiken liegen dicht beieinander. Doch nur durch das Einschwenken auf diesen neuen Entwicklungspfad kann sich ein dauerhafter Erfolg für Ostdeutschland einstellen.

Dabei gibt es angesichts der Komplexität und neuen Differenziertheit in und zwischen den Regionen und lokalen Räumen nicht mehr die eine „ostdeutsche“ Antwort auf die Vielfalt der spezifischen Lagen, Probleme und Herausforderungen. Auch deshalb haben die ostdeutschen Länder und viele ihrer Regionen inzwischen ihre eigenen spezifischen Leitbilder und Strategiekonzepte mit Blick auf das Jahr 2020 erarbeitet.

Transformation und Einheit sind heute – auf der Grundlage der erreichten Ergebnisse und gewonnenen Erfahrungen – zugleich neu zu denken und zu gestalten. D. h. unter anderem:

- Von der einseitigen Angleichungsperspektive Ost an West zur gemeinsamen Gestaltung eines zukunftsfähigen, neuen Deutschlands unter Nutzung der Stärken, Erfahrungen und Zukunftspotenziale des „alten Westens“ wie der für die Zukunft relevanten spezifischen ostdeutschen Erfahrungen und Potenziale der letzten Jahrzehnte;
- „Zusammenwachsen durch Zusammen(Ost-West-gemeinsam)Wachsen“;
- Akzeptanz der Einheit auch in ihrer sozial-strukturellen und regionalen Differenziertheit sowie sozio-kulturellen Verschiedenheit, die das vereinte Deutschland immer weniger trennt, sondern auf neue Weise zugleich verbindet.